

DW – Deutsche Welle, 19.03.2023

Autor: Matthias von Hein

Irak-Krieg: Nach der Lüge folgte der Völkerrechtsbruch

Vor 20 Jahren starteten die USA die Invasion im Irak. Begründet mit angeblichen Massenvernichtungswaffen, die es nie gab. Der Bruch des Völkerrechts wirkt bis heute fort - in der Region und der Welt.

Kein Ende der tödlichen Gewalt, auch nicht nach 20 Jahren: Allein im Februar wurden im **Irak** mindestens 52 Zivilisten erschossen, durch Bomben zerfetzt, bei Anschlägen getötet. **Die Gewalt von heute** ist das Echo des Angriffs, der in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 begann, als US-Schiffe 40 Raketen auf das Regierungsviertel von Bagdad abfeuerten.

Militärisch hatte der Irak der großangelegten Invasion der "**Koalition der Willigen**" aus **USA**, Großbritannien, Australien und Polen nichts entgegenzusetzen. Nach drei Wochen war der brutale Diktator Saddam Hussein gestürzt. Und sechs Wochen nach Kriegsbeginn verkündete ein triumphaler Präsident George W. Bush am 1. Mai 2003 vor martialischer Kulisse auf dem Flugzeugträger Abraham Lincoln das Ende größerer Kampfhandlungen.

Die Gesamtzahl der Todesopfer des Irakkriegs liegt je nach Schätzung zwischen 200.000 und einer Million Menschen; die angesehene medizinische Fachzeitschrift "Lancet" kam bereits 2006 auf eine Zahl von über 650.000 "zusätzliche Todesfälle". Da war der Irak-Krieg noch lange nicht vorbei; erst 2011 sollten die US-Soldaten abziehen.

Denn der Aufbau eines neuen, demokratischen Iraks nach westlichen Vorstellungen erwies sich als sehr viel schwieriger,

als die politische Klasse in den USA sich das in ihren schöngefärbten Strategiepapieren ausgemalt hatte: Es entstand eben keine wohlhabende, westlich geprägte, demokratische Insel im Nahen Osten. Ohne ausreichende Planung war die US-geführte Besatzung überfordert von den komplexen ethnischen und religiösen Bruchlinien im Land.

Im Ergebnis hält Dan Smith, Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI, deshalb die US-Invasion für den "anmaßenden Ausdruck des westlichen Glaubens, dass sie ein Land und eine regionale Ordnung nach ihren Wünschen umgestalten können".

Javier Solana, immerhin ehemals NATO-Generalsekretär und EU-Außenbeauftragter, zog die bittere Bilanz: "Wenn die Mission war, den Irak vom Terror zu befreien, das Land wiederaufzubauen und die Sicherheit auf allen Ebenen zu erhöhen, war sie ein absoluter Fehlschlag."

Vor allem aber war der Angriff auf den Irak eine "völkerrechtswidrige Gewaltanwendung unter Verletzung der UN-Satzung", wie der Göttinger Straf- und Völkerrechtler Kai Ambos ausführte. "Die Invasion im Irak hatte keine Grundlage durch eine Resolution des UN-Weltsicherheitsrates. Daneben bleibt nur die Möglichkeit, die Gewaltanwendung über eine Selbstverteidigung zu rechtfertigen, über Artikel 51 der UN-Satzung. Was in diesem Fall offensichtlich auch nicht gegeben war." Weshalb auch UN-Generalsekretär Kofi Annan den Irakkrieg als völkerrechtswidrig bezeichnete.

Deutschland hatte sich der Teilnahme an dem Krieg zwar verweigert. Aber durch die Bereitstellung von Stützpunkten und Überflugrechten für die Invasionstruppen leistete Berlin nach Einschätzung von Ambos "Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Akt".

Eine Folge des Völkerrechtsbruchs fasste Jürgen Habermas, sicher einer der bedeutendsten deutschen Intellektuellen, schon kurz nach Kriegsbeginn in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in die Worte: "Machen wir uns nichts vor: die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern." Geradezu hellichtig warnte der Philosoph, die USA würden mit ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen "künftigen Supermächten ein verheerendes Beispiel geben".

Das Ansehen der USA wurde weiter beschädigt durch Fälle von Kriegsverbrechen und Folter. Im Frühjahr 2004 zum Beispiel ging der Name Abu Ghraib um die Welt: Ein Gefängnis des Grauens schon unter Saddam Hussein. Jetzt zeigten Fotos, wie hier US-Soldaten folterten.

Immer wieder kam es zu Massakern an der Zivilbevölkerung.

Die USA hatten zwei Gründe für ihre Regimewechsel-Operation angeführt: Die angebliche Gefahr durch irakische Massenvernichtungswaffen sowie vermeintliche Verbindungen Saddam Husseins zu Al-Kaida. **Nichts davon stimmte.** Im Irak wurden nach der Invasion keine Massenvernichtungswaffen gefunden. Und auch die unter Folter zustande gekommen Hinweise auf Verbindungen des irakischen Diktators zu den **Attentätern des 11. Septembers** erwiesen sich als falsch.

Die falschen Geheimdienstinformationen hatten einen Grund, erklärt im DW-Gespräch der Harvard-Politikwissenschaftler Stephen Walt: "Sie hatten die Entscheidung bereits getroffen und suchten nur noch nach Gründen. Es war nicht so, dass die Entscheidungen auf Informationen basierten: Sie manipulierten die Informationen, um zu rechtfertigen, was sie bereits entschieden hatten."

Höhepunkt der Kampagne, um eine kriegsskeptische Öffentlichkeit zu überzeugen, war eine sorgfältig inszenierte Rede

des damaligen US-Außenministers Colin Powell am 5. Februar 2003 bei den Vereinten Nationen in New York. Powell legte zahlreiche vermeintliche "Beweise" vor, nach denen der Tyrann in Bagdad bereits über biologische Massenvernichtungswaffen verfügen sollte und mit Hochdruck an Atombomben arbeiten lasse. Zwei Jahre später bezeichnete Powell diese Rede als "Schandfleck" und distanzierte sich. "Ich bin derjenige, der im Namen der Vereinigten Staaten der Welt falsche Informationen vorgeführt hat, und das wird für immer Teil meines Lebens bleiben", gab sich der Ex-Außenminister selbstkritisch.

Schon lange hatte es in den USA Rufe nach einem Regimewechsel im Irak gegeben. 1998 war dieser Ruf unter der Clinton-Administration mit dem "Iraq Liberation Act" offizielle Politik geworden.

Der US-Historiker und Außenpolitikexperte Stephen Wertheim begründet das im DW-Gespräch so: "Saddam stellte eine Herausforderung der Vereinigten Staaten dar - einfach, indem er nach dem Golfkrieg 1991 überlebt hat. Und er war ein Hindernis für die Ausübung amerikanischer Hegemonie im Nahen Osten." Der nach 9/11 ausgerufene Krieg gegen den Terror eröffnete die Chance zur Umsetzung der Pläne. Denn "der Präsident hatte einen weiten Spielraum, um die öffentliche Wut zu kanalisieren und die Reaktion zu gestalten", wie Wertheim festhält.

Ein Jahrzehnt nach dem Ende der Sowjetunion fühlten sich die USA auf dem Gipfel ihrer Macht. Von den Regeln der UN-Charta wollte sich die US-Administration in diesem unipolaren Moment nicht einschränken lassen.

Politikwissenschaftler Stephen Walt beschreibt diese Haltung so: "Die Amerikaner reden gerne über die regelbasierte Ordnung und wie wichtig sie ist. Aber es sind Regeln, die wir

gerne verletzen, wenn es für uns unbequem ist, sie genau zu befolgen."

Heute, vermutet Straf- und Völkerrechtler Kai Ambos, ist es unter anderem diese Haltung, die so viele Staaten von Brasilien über Südafrika bis Indien Abstand halten lässt, wenn es um die Verurteilung des **russischen Angriffskriegs auf die Ukraine** oder die Umsetzung von Sanktionen gegen Moskau geht. "Diese offensichtliche Doppelmoral wird gerade im globalen Süden zur Kenntnis genommen", sagt der Göttinger Völkerrechtler. "Und das fällt uns jetzt auf die Füße."